

**Rede  
des sozialpolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion**

**Uwe Schwarz**

Zu TOP 24

**Beratung des sozialpolitischen Haushaltes 2014**

während der Plenarsitzung vom 11.12.2013  
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

Zunächst unser Dank an Frau Sozialministerin Rundt und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die wie immer gute Vorbereitung und Begleitung der Haushaltsberatungen im Fachausschuss.

Anders als die CDU-Opposition habe ich diesmal am Sozialhaushalt wenig auszusetzen. Zehn Jahre lang war der Sozialhaushalt unter der CDU/FDP-Regierung der vorrangige Steinbruch des Finanzministers, wenn es ums Kürzen ging.

Jetzt wird Sozialpolitik wieder gestaltet, und allein das ist schon ein deutlicher Fortschritt.

Die hinterlassenen Erblasten sind allerdings gewaltig, ich nenne nur beispielhaft Pflege, Jugend, Krankenhäuser, Migration, Behindertenhilfe bzw. Inklusion.

#### Behindertenpolitik

Fünf Jahre lang wurde durch CDU/FDP die Vorlage eines Landesaktionsplanes zur Umsetzung der UN-Konvention schlicht verweigert. Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen kam nur in Sonntagsreden vor.

Die neue Landesregierung hingegen hat unverzüglich die versprochene Fachkommission Inklusion eingesetzt. Und zwar auf breiter Basis mit persönlich Betroffenen, als Experten in eigener Sache.

Davon waren und sind CDU/FDP Lichtjahre entfernt.

Die Ergebnisse der Kommission werden unter Vorsitz unseres Behindertenbeauftragten Karl Finke in einem interministeriellen Arbeitskreis zusammen geführt. Auf dieser Grundlage kann auch die von CDU/FDP verhinderte Novellierung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes (NBGG) endlich begonnen werden.

Für den vermehrten Einsatz von Gebärden- und Schriftdolmetschern, Materialien in leichter Sprache und barrierefreies Internet setzen wir 15.000 Euro zusätzlich ein.

Für modellhafte Inklusions-Projekte, vor allem auf der kommunalen Ebene, verankert Rot/Grün erstmalig eine halbe Mio. Euro.

CDU/FDP hatten zum Thema „Inklusion“ in ihrem letzten Haushalt gerade mal 40.000 Euro übrig, und zwar für „Theaterpädagogik“.

Begründung: Dies sei ein guter Baustein, um die UN-Konvention umzusetzen. Zynismus pur war das.

Wir erhöhen erstmals seit zehn Jahren das Landesblindengeld und machen Schluss mit dem verwerflichsten Kapitel schwarz-gelber Sozialpolitik.

Wissen Sie, was aber das Wichtigste ist:

Von 2003 bis 2007 und erneut 2011 hatte die alte Landesregierung den Einrichtungen der Behindertenhilfe die Übernahme der jährlichen Tarif- und Sachkostensteigerungen verweigert.

Das waren über 86 Mio. Euro Kürzungen!

Das hat zu Stellenstreichungen, Sachkostenreduzierungen und Flucht aus Tarifverträgen geführt.

Auch damit ist jetzt Schluss:

2014 werden die prognostizierten Steigerungen der Personal- und Sachkosten sowie der Zuwachs an Leistungsempfängern vollständig finanziert.

Menschen mit Handicaps werden wieder ernst genommen.

Das ist die neue Sozialpolitik unter Rot/Grün, und darauf sind wir durchaus stolz.

#### Jugendpolitik/Familie

In der Jugendpolitik korrigieren wir ebenfalls deutliche Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre.

- Der Landesjugendhilfeausschuss wird gesetzlich wieder verankert. Damit erhalten die Akteure der Jugendpolitik ihre Beteiligungs- und Entscheidungsrechte wieder zurück.
- Die ideologisch durchgedrückte Einrichtung einer geschlossenen Einrichtung für Kinder und Jugendliche in Lohne (manche sagen dazu auch „Kinderknast“) wird es so mit uns nicht weitergeben.
- Das Land nimmt seine Aufgabe als überörtlicher Träger der Jugendhilfe wieder ernsthaft wahr und nicht nur auf dem Papier.

- Die Mittel für die verbandliche und offene Jugendarbeit werden auf hohem Niveau von 10 Mio. Euro fortgeführt.
- Die schrittweise Kürzung der Landesmittel für die niedersächsischen Jugendwerkstätten wird beendet.

Auch diese Bilanz kann sich nach 9 Monaten mehr als sehen lassen.

### Sucht

Personal- und Sachkostenerhöhungen wurden in den vergangenen zehn Jahren bei der Bezuschussung von Verbänden, Vereinen und Institutionen vollständig ausgeblendet.

Dieses hat in den Einrichtungen faktisch zu erheblichen Kürzungen und zur Tarifflicht geführt.

Das gilt auch für die Suchtprävention und Suchtbekämpfung.

Die Drogenproblematik ist unverändert groß, allerdings verschieben sich die Schwerpunkte.

Gerade bei Kindern und Jugendlichen stellt neben dem sogenannten „Komasaufen“ die extensive Mediennutzung eine immer größere Gefahr dar, vor allem, wenn virtuelle Welten reale Beziehungen und Kontakte zusehends ersetzen.

Schon deshalb erhöhen Landesregierung und Koalitionsfraktionen den Haushaltsansatz um mehr als 10 %, auf insgesamt knapp 8 Mio. Euro.

Das ist allemal zielführender als das Thema auf Eigenbedarfsgrenzen von Cannabis zu begrenzen, wie es die CDU in ihrem Antrag getan hat.

### AIDS-Hilfe

Auch das Thema HIV/AIDS ist trotz jahrzehntelanger Präventions- und Aufklärungsarbeit leider kein Phänomen der Vergangenheit:

Im Jahr 2012 haben sich erneut 210 Personen infiziert.

Deshalb stockt Rot/Grün die Mittel für die AIDS-Hilfe um insgesamt 150.000 Euro auf 1,6 Mio. Euro auf.

## Krankenhäuser/Medizinische Versorgung

Bei der medizinischen Versorgung haben wir in Deutschland ein unübersichtliches Wirrwarr von Zuständigkeiten.

Während die Finanzierung der Krankenhausbehandlung Sache der Krankenkassen ist, liegt die Krankenhausplanung bei den Ländern.

Allein hier haben wir bei Regierungsübernahme einen Investitionsstau von weit mehr als 1 Mrd. Euro vorgefunden und darüber hinaus viele nur anfinanzierte Baumaßnahmen.

Eine gigantische Erblast und eine unverantwortliche Politik der Vorgängerregierung.

Die Krankenhauslandschaft ist im Umbruch.

Fast 2/3 der Häuser haben wirtschaftliche Probleme.

Hinzu kommen die Auswirkungen des demografischen Wandels.

Wenn wir die Versorgung, vor allem im ländlichen Bereich, sichern wollen, muss der Schwerpunkt in den nächsten Jahren auf Kooperationen und Fusionen ausgerichtet werden.

Dafür haben Rot/Grün (neben dem Krankenhausbauprogramm in Höhe von 120 Mio. Euro jährlich) nochmals 4 Mio. Euro zusätzlich in den Haushalt eingestellt.

Aber ich sage in aller Deutlichkeit:

Bei dieser gigantischen Finanzlast wird sich der Bund seiner Verantwortung nicht entziehen können.

Das unkoordinierte Nebeneinander von ambulanter, stationärer und pflegerischer Versorgung geht ausschließlich zu Lasten der Patienten.

Wir brauchen endlich eine sektorenübergreifende Versorgung.

Wir setzen hier mit der verstärkten Förderung von Gesundheitsregionen (600.000 Euro) wichtige landespolitische Akzente.

Dies gilt auch für die Verbesserung der hausärztlichen Versorgung, die wir trotz ausschließlicher Zuständigkeit der KVN mit 400.000 Euro unterstützen.

Wenn die CDU hier immer mehr haben möchte, darf ich nur daran erinnern, dass die alte Regierung in ihrer Finanzplanung keinen einzigen Euro vorgesehen hatte – so viel zur Redlichkeit!

## Frauen

Rot/Grün stärkt die Frauenpolitik.

Die finanziellen Mittel für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, werden auf 5,5 Mio. Euro angehoben:

Die aktuellen Zahlen belegen, dass hier ein wachsender Handlungsbedarf besteht.

Sowohl der Landesfrauenrat als auch die Vernetzungsstelle für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte erhalten aufgrund von Tarifsteigerungen einen höheren Landesanteil.

Für das Projekt „FrauenORTE“ stellen die Koalitionsfraktionen zusätzlich Mittel zur Verfügung.

Gestern haben wir mit großer Mehrheit den Antrag „Kinderwünsche unterstützen – ungewollt Kinderlosen helfen“ beschlossen.

Das ist gut und richtig.

Richtig ist aber auch: Frau Özkan hat dazu kurz vor der Landtagswahl zwar die Presse gemacht, im Haushalt war dafür ursprünglich jedoch kein Euro vorgesehen.

Jetzt stehen dafür 3,4 Mio. Euro im Haushalt, auch finanziert von Rot/Grün. So sieht Glaubwürdigkeit aus.

Wir wollen weg von einer Frauenpolitik, die unter der alten Regierung weitgehend die hauptamtlichen Frauenbeauftragten abschaffte und das Gleichstellungsgesetz auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf reduzierte.

Wir wollen endlich gleichen Lohn bei gleicher Arbeit von Frauen und Männern. Frauen und Männer müssen raus aus prekären Beschäftigungsverhältnissen, die entwürdigend sind und obendrein Altersarmut produzieren.

## Armutsbekämpfung

Armut wird im Gegensatz zur Vorgängerregierung nicht verharmlost, sondern als gesellschaftliche Realität bekämpft.

Deshalb fördern wir auch endlich die Landesarmutskonferenz Niedersachsen, die wichtige Arbeit für und mit von Armut betroffenen Menschen leistet.

Wir sorgen dafür, dass die unabhängigen Erwerbsloseninitiativen wieder eine Förderung vom Land erhalten.

Sie beraten Erwerbslose und ratsuchende Menschen, die von den Jobcentern aus nachvollziehbaren Gründen keine Hilfestellungen erwarten.

2005 hatte auch hier die frühere CDU/FDP-Koalition zum Kahlschlag angesetzt. Viele Projekte mussten ihre Arbeit einstellen oder arbeiteten ehrenamtlich weiter.

Auch diesen untragbaren Zustand beenden wir mit 600.000 Euro Landesmitteln.

### Seniorenpolitik

In der Seniorenpolitik setzen wir auf übersichtlichere, kommunale Beratungsstrukturen.

Die Mittel für Seniorenservicebüros werden von 1,2 auf 2,2 Mio. Euro erhöht.

Beratungsangebote müssen vor allem den Betroffenen dienen.

In den vergangenen Jahren sind unter jeder Sozialministerin neue, zusätzliche Strukturen zur Verewigung in den Geschichtsbüchern geschaffen worden.

Übersichtlicher ist es dadurch, vor allem für Betroffene, nicht geworden.

Frau Ministerin Rundt hat dankenswerter Weise dieser Versuchung widerstanden.

Vielmehr führt sie die Seniorenservicebüros und die Pflegestützpunkte zusammen.

Während ihre Vorgängerin zwar davon geredet, aber nicht gehandelt hat, wird dieser Schritt jetzt 2014 umgesetzt.

Erstaunt bin ich allerdings über die FDP, die in ihrem Antrag die Zusammenführung mit dem Hinweis „Aufwuchs Seniorenservicebüros entbehrlich“ ablehnt, immerhin das einstige „sozialpolitische Prestigeobjekt“ ihrer eigenen Regierung.

### Pflege

Das größte Desaster und die gleichzeitig größte sozialpolitische Herausforderung haben wir allerdings in der Altenpflege übernommen.

Unter CDU/FDP wurde Niedersachsen zum bundesweiten Schlusslicht in der Altenpflege.

Ich will nicht all die Streichungen bei der Finanzierung von Einrichtungen, die Ablehnung von Mindestlöhnen, die Beschleunigung von Tarifflicht, usw. erneut aufzählen.

Auf alle Fälle brennt es an allen Ecken lichterloh.

Wir danken Frau Ministerin Rundt ausdrücklich, dass sie dieses Thema in ihrem Zuständigkeitsbereich beherzt und mit hohem Sachverstand angeht.

Ich verweise auf den wichtigen Kompromiss bei der Vergütung ambulanter Pflegedienste und auf die Mittelaufstockung von niedrigschwelligem Betreuungsangeboten.

Gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode hat der Landtag mit der Mehrheit von Rot/Grün die gesetzliche Absicherung der Schulgeldfreiheit und eine solidarische Umlagefinanzierung für die Altenpflegeausbildung beschlossen.

Beides waren zwingend überfällige Maßnahmen.

Bekanntlich fehlen über 3000 Pflegekräfte und Ende des Jahrzehnts werden es über 30.000 in Niedersachsen sein.

Alle Fachleute haben immer wieder auf den einsetzenden Pflegenotstand und die sich daraus ergebenden Folgen hingewiesen.

Nur CDU und FDP in Niedersachsen haben diese sich anbahnende Katastrophe beharrlich bestritten.

Das war absolut verantwortungslos.

Wir müssen sowohl im Bund als auch im Land mit Nachdruck alles unternehmen, um die Wertschätzung und die Attraktivität der Pflegeberufe zu erhöhen.

Auf Bundesebene muss endlich ehrlich und offensiv die chronische und dramatische Unterfinanzierung der Pflege beendet werden.

Auf Landesebene geht es zunächst um

- die angekündigte Novelle zum Niedersächsischen Heimgesetz,
- die Absicherung der Fachkräftequote,
- die Förderung von alternativen modellhaften Wohnformen im Alter



- (dafür hat die Koalition erstmalig 1 Mio. Euro in den Haushalt eingesetzt)
- und auch um die Einrichtung einer Pflegekammer, wofür zunächst 50.000 Euro im Haushalt stehen.

In vielen Bundesländern ist die Pflegekammer Thema.

Überall wurden die betroffenen Kräfte befragt, die sich jeweils mit unterschiedlich deutlicher Mehrheit dafür ausgesprochen haben.

Am weitesten ist Rheinland-Pfalz, wo der Gesetzentwurf ins Verfahren geht.

Ich freue mich, dass auch ver.di das dort positiv begleitet.

Angesichts der wirklich bedrohlichen Problemlage in der Pflege geht es nicht mehr um ein egoistisches Festhalten an starren Positionen, sondern um ein verantwortungsvolles Miteinander aller Akteure.

Dazu fordere ich alle Beteiligten ausdrücklich auf.

Nachhaltige Sozialpolitik als Garant des sozialen Friedens ist das, was die Menschen in Niedersachsen brauchen.

Das haben wir vor der Landtagswahl versprochen

Mit dem ersten Sozialhaushalt von Rot/Grün beginnen wir jetzt mit der Umsetzung.